Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003175/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Sophie Wilmès (Renew), Fabienne Keller (Renew), Isabel Wiseler-Lima (PPE), Klára Dobrev (S&D), Tineke Strik (Verts/ALE), Michael McNamara (Renew), Dainius Žalimas (Renew), Sabine Verheyen (PPE), Brando Benifei (S&D), Lucia Yar (Renew), Veronika Cifrová Ostrihoňová (Renew), Kim Van Sparrentak (Verts/ALE), Olivier Chastel (Renew), Benoit Cassart (Renew), Estelle Ceulemans (S&D), Michal Wiezik (Renew), Gordan Bosanac (Verts/ALE), Virginijus Sinkevičius (Verts/ALE), Ľubica Karvašová (Renew), Martin Hojsík (Renew), Krzysztof Śmiszek (S&D), Pascal Arimont (PPE), Irena Joveva (Renew), Magdalena Adamowicz (PPE), Michał Kobosko (Renew), Raquel García Hermida-Van Der Walle (Renew), Oihane Agirregoitia Martínez (Renew), Hilde Vautmans (Renew)

Betrifft: Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der EU

Auf der Plenartagung im Juli 2025 betonte der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony, in einer Sitzung, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine entscheidende Rolle bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Grundwerte der EU spielen, insbesondere durch ihre Verantwortung für öffentliche Dienstleistungen und ihre Nähe zu den Bürgern. In einigen Mitgliedstaaten, wie Ungarn, sind sie jedoch mit institutionellen und haushaltspolitischen Zwängen konfrontiert, die ihre Fähigkeit, wirksam zu handeln, beeinträchtigen können. Aus der Perspektive der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ergeben sich wertvolle Erkenntnisse an der Basis, die für die Bemühungen der EU zur Überwachung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit von Nutzen sein könnten.

1. Wie sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften derzeit an der Ausarbeitung des jährlichen Berichts der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit beteiligt, und sieht die Kommission Spielraum für eine stärkere Berücksichtigung ihres Beitrags in künftigen Berichten?

2. Welchen Austausch gibt es derzeit zwischen der Kommission und lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Bezug auf Fragen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit, und unterstützt die Kommission die Idee, eigens „lokale Dialoge über Rechtsstaatlichkeit“ einzurichten?

Eingang: 4.8.2025